

»Acht Jahre Angela Merkel: Schadensbilanz einer Kanzlerin«

2. September 2013

Schwarz-Gelb ist die erfolgreichste Regierung seit der Wiedervereinigung und ein Stabilitätsanker in Europa, sagt Bundeskanzlerin Angela Merkel selbstbewusst. Diese mutigen Aussagen widersprechen der Wahrnehmung, bei dieser Bundesregierung handele es sich um eine ziemlich desolante Mannschaft, die durch die vergangenen vier Jahre gerumpelt ist. Wer sicher gehen will, wie diese Regierung in der letzten Legislaturperiode agiert hat, was sie zu verantworten hat – und wie die Kanzlerschaft Angela Merkels auch unter Einbeziehung der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 zu bewerten ist –, kommt an einer ehrlichen Bilanz von acht Jahren Merkel nicht vorbei. Diese fällt erschreckend aus und gleicht einer Schadensbilanz in allen wichtigen Politikfeldern.

Nach acht Jahren Merkel ist das Land sozial ungerechter, immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm, die Renten wurden gekürzt, die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich, Gesundheit, Energie und Wohnen werden immer teurer, von einer »Bildungsrepublik« kann keine Rede sein, unter der »Klimakanzlerin« gibt es wieder einen Anstieg der CO₂-Emissionen, Deutschland ist unrühmlicher Waffenexport-Europameister und die Sparpakete gefährden die Zukunft Europas. Die Bilanz ist eindeutig: Acht Jahre Merkel sind genug!

| | |
|--------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Arbeit | 8. Rechtsextremismus |
| 2. Rente | 9. Strompreise und Klimaschutz |
| 3. Erwerbslose | 10. Bahn |
| 4. Gesundheit | 11. Breitbandversorgung |
| 5. Vermögensentwicklung und Finanzen | 12. Rüstungsexporte |
| 6. Mietropolitik | 13. Europa |
| 7. Bildung/ Ausbildung | |

1. Arbeit

Merkel verhindert Mindestlohn

- Merkel verhindert die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohnes**. In 21 der nunmehr 28 Mitgliedsstaaten der EU gibt es dagegen gesetzliche Mindestlöhne. In einer parlamentarischen Anfrage bestätigte die Bundesregierung, dass der Staat von 2007 bis 2011 insgesamt **53 Milliarden** ausgab, um niedrige Löhne mit Hartz IV aufzustocken. Merkel will weiter mit Steuergeld Unternehmen, die Armutslöhne zahlen, subventionieren.

Immer mehr Aufstocker

- Seit 2005 ist die Anzahl der »Aufstocker« von etwa 900.000 auf **über 1,3 Mio.** im Jahr 2013 gestiegen.
- Laut Böckler-Stiftung sind insbesondere Frauen auf aufstockende Leistungen angewiesen: **608 000 Männer und 722 000 Frauen**. Alleine gegenüber 2007 hat sich die Zahl der »Aufstockerinnen« um **26 Prozent** erhöht. Bei den Männern betrug der Zuwachs 17 Prozent.

Mindestlohn von 10 Euro wäre Spar- und Konjunkturprogramm zugleich

- Eine Studie der Prognos AG belegt: Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro würde die **Erwerbseinkommen um 26 Milliarden Euro** stärken. Dies hätte einen fiskalischen Effekt (mehr Steuern und Abgaben bei geringeren Sozialtransfers) von **12,7 Milliarden Euro**.

Unter Merkel weitet sich prekäre Beschäftigung weiter aus

- Unter Merkel hat sich der **Niedriglohnsektor** massiv **ausgeweitet**. Allein seit 2005 ist die Zahl der **Minijobs** von 6,5 auf 7,4 Millionen angestiegen.
- Deutschland hat mittlerweile einen der **größten Niedriglohnssektoren Europas**. 24,1 Prozent aller Beschäftigten (rund sieben Millionen Menschen) arbeiten in Deutschland zu einem Niedriglohn. Im Jahr 2005 lag dieser Anteil noch bei 22,6 Prozent.
- **So viele Deutsche wie nie haben einen Zweitjob!** Ende vergangenen Jahres besserten 2,66 Millionen Menschen ihr Einkommen aus einer regulären Hauptbeschäftigung mit einem Minijob auf – 59 000 bzw. 2,3 Prozent mehr als am Vorjahresende und rund 1,5 Millionen mehr als 2003.

Leiharbeit unter Merkel verdoppelt

- Unter Merkel ist die Zahl der **Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter** explodiert, von 465 000 Ende 2005 auf 822 000 Ende 2012. Nach wie vor gilt nicht das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Bei rund **75 Prozent** aller vollzeitbeschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern liegt das Einkommen **unterhalb der Niedriglohnschwelle**.
- Jobwunder? Jede dritte offene Stelle, die bei der Bundesagentur für Arbeit angeboten wird, ist in der Leiharbeit.

Werkverträge explodieren

- Merkel hat nichts unternommen gegen den Missbrauch von **Werkverträgen**. Im Gegenteil, unter Merkel gab es einen Boom auch dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse.
- Laut Befragungen der Böckler-Stiftung arbeiten etwa **in Schlachthöfen 75 Prozent der Beschäftigten für Werkvertragsunternehmen**. Lediglich 20 Prozent der Beschäftigten arbeiten dort in einem Normalarbeitsverhältnis. In der Getränkeindustrie sind laut der Befragung etwa 10 Prozent der Beschäftigten über Werkvertragsfirmen angestellt, in der Zuckerindustrie circa 20 Prozent und in Werften knapp 20 Prozent.

Reallohnverluste für Gering- und Durchschnittsverdienende

- Betrachtet man für den Zeitraum 2007 bis 2011 die realen Bruttoerwerbseinkommen von Vollzeitbeschäftigten, so zeigt sich in der Summe eine Stagnation der Löhne. Allerdings versteckt sich hinter diesem Durchschnitt eine zunehmende Spreizung: die untersten 60 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben einen **realen Einkommensverlust** erlitten. Am stärksten war dieser Verlust mit über minus 6 Prozent bei den untersten 10 Prozent.

Frauen werden weiterhin deutlich schlechter bezahlt als Männer

- Merkel hat in Bezug auf die **ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen** nichts unternommen. Sie hält nichts vom Prinzip »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!« Im Jahr 2012

verdienten Frauen im Schnitt katastrophale **22,2 Prozent** weniger als Männer. Dabei zeigt sich keine Verbesserung seit 2005. **Gravierender ist der Unterschied in Europa nur in zwei Ländern** – in Österreich und Estland.

Arbeitsförderung gekürzt

- Im Bereich **Arbeitsförderung** hat Schwarz-Gelb mit dem sogenannten Sparpaket 2010 **massiv gekürzt**. So summiert sich der Kahlschlag zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis 2016 auf 36,5 Milliarden Euro. Arbeitsmarktpolitische Pflichtleistungen werden in Ermessensleistungen umgewandelt. Arbeitsuchende haben dadurch weniger Rechte und werden zu Bittstellern degradiert.

Jobwunder? Tatsächliche Arbeitslosigkeit ist viel höher

- Auch die Regierung Merkel bleibt dabei, die Arbeitslosenzahlen nach unten zu beschönigen. Statt 2,9 Millionen Menschen ohne Job, sind es in der Realität **mindestens 3,8 Millionen**.

2. Rente

Merkel führt die Rente erst ab 67 Jahren ein

- Merkel hat mit Steinbrück die **Rente erst ab 67** Jahren eingeführt. Die komplette Rücknahme der Rente erst ab 67 würde durchschnittlich verdienende Beitragszahlerinnen und Beitragszahler heute **rund 6,60 Euro** im Monat kosten. Das wäre eine Beitragserhöhung um 0,25 Prozent für die Beschäftigten.
- Mit einer Teilrücknahme der Senkung des Rentenbeitrags von 19,6 auf 18,9 Prozent zum 1. Januar 2013 könnte die Abschaffung der Rente erst ab 67 problemlos finanziert werden. Stattdessen wird an der Rentenkürzung festgehalten, obwohl nur **14,2 Prozent der 64-jährigen** einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

Schwarz-Gelb kürzt weiter die Renten

- Das **Rentenniveau** ist unter Merkel weiter gesenkt worden (das Gesetz stammt zwar aus der Zeit der rot-grünen Bundesregierung, wurde aber von Merkel nicht verändert). Das Rentenniveau liegt derzeit schon bei unter 50 Prozent. Bis 2030 soll es, wenn es nach Merkel geht, auf 43 Prozent sinken. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro ist dann nur noch 800 Euro wert.

Deutlicher Anstieg der Altersarmut

- Die Rentenpolitik Merkels führt zu steigender **Altersarmut**. Seit 2005 hat sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die armutsgefährdet sind, von etwa 12 Prozent auf über 14 Prozent (2010) der über 65-jährigen erhöht. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die auf **Grundsicherung im Alter** angewiesen sind, von unter 300 000 (Ende 2004) auf **436 000** (Ende 2011) erhöht.
- Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass immer mehr Menschen »malochen müssen bis zum Tod«. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der **minijobbenden Rentnerinnen und Rentner** um mehr als 50 Prozent gestiegen. Mehr als 770 000 Menschen im Rentenalter gehen einem Mini-Job nach.

Versprochen – gebrochen: Ostrenten nicht angeglichen

- Obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart, hat Merkel die **Ostrenten nicht angeglichen**. Nach 23 Jahren deutscher Einheit gilt nach wie vor: ungleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Das heißt: Nach 45 Arbeitsjahren bekommt die ostdeutsche Rentnerin, obwohl sie genau gleich viel verdient (Durchschnittsverdienst) und gleich lang gearbeitet hat, **108 Euro im Monat weniger** als die westdeutsche Rentnerin.
- Merkel **spaltet Rentnerinnen und Rentner in Ost- und Westdeutschland**. Zum 1. Juli gab es eine Rentenerhöhung im Osten um 3,29 Prozent, im Westen um 0,25 Prozent. Das bedeutet für die Westdeutschen eine reale Rentenkürzung und für die Ostdeutschen noch lange nicht die versprochene Angleichung ihrer Renten an das Westniveau.

3. Erwerbslose

Spaltung der Gesellschaft: mehr Armut nach acht Jahren Merkel

- Armut hat in Deutschland unter Angela Merkel dramatische Ausmaße angenommen. **Der Anteil der von Armut bedrohten Menschen hat einen neuen Höchststand erreicht**. Galten 2006 noch 14 Prozent der Menschen als armutsgefährdet, sind es inzwischen in zahlreichen Bundesländern deutlich mehr als 20 Prozent. In einigen Städten beträgt der Anstieg allein seit 2007 57 Prozent, zum Beispiel in Essen. In Duisburg beträgt der Anstieg seit 2006 45 Prozent.
- Besonders fatal ist, dass es keinen Zusammenhang mehr zwischen Wirtschaftsentwicklung und Armut gibt. **Wächst die Wirtschaft, wächst trotzdem die Armut**. Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Dennoch bleibt Angela Merkel tatenlos.

Merkel streicht Elterngeld

- Merkel streicht Hartz-IV-beziehenden Eltern faktisch das **Elterngeld** – kurz nach den Bankenrettungen im Jahr 2010. Für diese Familien bedeutet das eine **Einkommenskürzung von 3.600 Euro im Jahr**. Rund 130 000 Familien sind davon betroffen, darunter 47 000 Alleinerziehende. Dem nicht erwerbstätigen Partner oder der nicht erwerbstätigen Partnerin mit einem gutverdienenden Partner zahlt Merkel dagegen weiterhin die 300 Euro Elterngeld im Monat.
- Im Übrigen: Zur Stärkung des traditionellen Familienbildes von CDU und CSU wurde das **Betreuungsgeld** eingeführt. Dafür ist Geld da. Geplante Ausgaben über 2 Milliarden Euro.

Leistungen für Erwerbslose gestrichen

- Merkel streicht die **Rentenversicherungsbeiträge für Erwerbslose**. Zudem wurde der befristete Zuschlag gestrichen, der nach dem Arbeitslosengeldbezug den Absturz in Hartz IV etwas abgefedert hat.
- Für Geringverdienende wurde zudem der **Heizkostenzuschuss beim Wohngeld gestrichen**.

Deutlicher Anstieg der Sanktionen

- Unter Merkel stieg die **Zahl der Sanktionen** für Erwerbslose massiv an. Verhängten die JobCenter 2007 noch etwa 780 000 Sanktionen, stieg die Anzahl im Jahr 2012 auf **über eine Million**.

Merkel zementiert mit Hartz IV Langzeitarbeitslosigkeit

- Die »**Verweildauer**« von Hartz-IV-Beziehenden stieg gegenüber der Arbeitslosenhilfe massiv an. Während die durchschnittliche Verweildauer in der ehemaligen Arbeitslosenhilfe 2004 bei 48 Wochen lag, stieg sie bei Hartz-IV-Leistungsberechtigten fast zehn Jahre später um 270 Prozent auf 130 Wochen (30 Monate im Dezember 2011). Knapp ein Viertel aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verharrten seit 2005 im Hartz-IV-System.

Merkel-Regierung rechnet den Hartz-IV-Regelsatz klein

- Die Hartz-IV-Regelsätze sind Armut per Gesetz. 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die bestehenden Berechnungen verworfen und den Gesetzgeber verpflichtet das menschenwürdige Existenzminimum neu zu berechnen.
Bei dieser Neuberechnung hat die Bundesregierung **massiv getrickst und willkürlich gekürzt**, um höhere Leistungen zu verhindern. DIE LINKE hat gerechnet und offengelegt: Wird das Verfahren ernst genommen, ergibt sich ein Regelsatz von mindestens 500 Euro für eine alleinstehende Person.

4. Gesundheit

Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitssystem

- Merkel führte **Zusatzbeiträge** – die sog. Kopfpauschale – im Gesundheitssystem ein. Die Beiträge der Unternehmen sollen nicht mehr steigen, die der Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner dafür umso mehr. Mit dem GKV-Finanzierungsgesetz wurde zum 1. Januar 2011 beschlossen, dass die Versicherten alle künftigen Ausgabensteigerungen allein über die Kopfpauschale bezahlen. Die Unternehmen sind aus der Verantwortung entlassen worden. Ihr Anteil ist seit Januar 2011 eingefroren.

Merkel steht nicht auf der Seite der Versicherten

- Merkel setzte die **Entsolidarisierung im Gesundheitssystem** fort. Künftige Beitragserhöhungen müssen allein von den Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentnern getragen werden. Der Anteil der Unternehmen wurde eingefroren. Derzeit zahlen die Beschäftigten 8,2 Prozent und die Unternehmen 7,3 Prozent.

Merkel lässt Krankenhäuser ausbluten

- Rund die **Hälfte der Krankenhäuser steht mit dem Rücken zur Wand**, sie schreiben rote Zahlen. Die Folgen sind Personalabbau, Arbeitsüberlastungen und damit eine Verschlechterung der Versorgungsbedingungen.
- Zum einen können Länder und Kommunen ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der Kosten von Krankenhausinvestitionen und Baumaßnahmen nur unzureichend nachkommen. Der daraus resultierende **Investitionsstau wird auf bis zu 50 Milliarden Euro** beziffert. Zum anderen sind

die Kliniken durch die Gesundheitsreformen der letzten 20 Jahre einem gnadenlosen Wettbewerb und Kostendruck ausgesetzt.

5. Vermögensentwicklung und Finanzen

Reiche sind trotz Krise reicher geworden!

- Zwei Drittel der Bevölkerung verfügt über wenig oder gar **kein Vermögen**.
- Das **reichste Zehntel hält aber über 66 Prozent des Vermögens** und erhöhte in der Krise seinen Anteil weiter: Vor der Krise 2007 gab es knapp 800 000 Vermögensmillionäre, 2012 waren es schon 900 000.
- Im Durchschnitt konnten Millionäre in Deutschland seit 2003 ihr **Vermögen** um 8 Prozent pro Jahr **steigern**, Milliardäre sogar um 10 Prozent.
- Deutschlands Millionäre verfügen über ein **Gesamtvermögen** von rund **2,2 Billionen Euro** (ohne eigengenutzte Immobilien). Das ist mehr als die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen.

Schuldenkanzlerin: Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler

- Nicht schwäbische Hausfrau, sondern **Schuldenkanzlerin**: Unter Merkel kletterte die Verschuldung der öffentlichen Haushalte – aufgrund von Bankenrettungen, Finanzkrise und fortdauernden Steuergeschenken für Reiche – **von 1,49 Billionen Jahr 2005 auf 2,1 Billionen** im Jahr 2013.
- Dank der Haushaltspolitik der »schwäbischen Hausfrau« hat sich in diesem Zeitraum die Schuldensumme bezogen auf jede Bürgerin und jeden Bürger **um 6.000 Euro erhöht**.

Wieder versprochen, gebrochen: keine Entlastung für kleine und mittlere Einkommen

- Im Koalitionsvertrag hatten Union und FDP versprochen, »eine **steuerliche Entlastung** insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Milliarden Euro im Laufe der Legislaturperiode« vorzunehmen. Am Ende beschloss der Koalitionsausschuss nur das »Progressionsabbaugesetz«, das für 2013 eine Steuersenkung von 2 Milliarden und für 2014 von vier Milliarden ankündigte. Spitzenverdiener bekommen 30 Euro geschenkt, Geringverdiener deutlich weniger.

Merkel schont Banken und Spekulanten

- Merkel verschleppt die Einführung einer **Finanztransaktionsteuer**. Allein Deutschland entgehen aufgrund der Nichteinführung der Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent jährlich 30 Milliarden Euro.

Dramatische Finanzlage der Kommunen

- Laut jüngster Studie der Bertelsmann-Stiftung hat sich die Finanzlage der Kommunen in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Die **Gesamtverschuldung** der Städte und Gemeinden stieg zwischen 2007 und 2011 von **111 auf 130 Milliarden Euro**.

- Beispiel für die verheerenden Folgen: In den vergangenen zehn Jahren wurden bundesweit **1 100 Schwimmballen** geschlossen.

6. Mietenpolitik

Merkels Mietpreisbremse gibt kräftig Gas!

- Seit 2007 sind die Mieten in den Großstädten wie folgt gestiegen: Köln 15 Prozent, München 20 Prozent, Frankfurt 20 Prozent, Hamburg 25 Prozent, Berlin 35 Prozent.
- Weil die Merkel-Regierung sich seit Jahren beharrlich weigert, Wohnen als politische Aufgabe wahrzunehmen, ist der soziale Wohnungsbau faktisch zusammengebrochen und Sozialwohnungen werden immer knapper. Der Bestand ist von **2,47 Millionen Wohnungen 2002 auf 1,66 Millionen 2010 zurückgegangen** und seitdem etwa um weitere 150 000 pro Jahr. Nach Angaben des Mieterbundes fehlen schon heute mindestens vier Millionen Sozialwohnungen.
- Die Merkel-Regierung **privatisierte** seit 2006 dennoch **21 300 bundeseigene Wohnungen**.
- Nach dem Mietrechtsänderungsgesetz vom Mai 2013 sind immer noch **Mietsteigerungen von bis zu 15 Prozent** innerhalb von drei Jahren möglich. Nach dieser Regelung würde ein Nettokaltmiete von 500 Euro in den nächsten zwölf Jahren auf bis zu 1036, 80 Euro steigen können.
- Ende 2012 waren **knapp 300 000 Menschen ohne Wohnung**, darunter 30 000 Kinder. Wohnungslos und obdachlos sind nicht dasselbe: Die Mehrheit lebt in Notunterkünften oder findet Unterschlupf bei Bekannten oder Verwandten.

7. Bildung/Ausbildung

Bildungsnotstand statt »Bildungsrepublik«

- Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP liegt **unter dem OECD-Durchschnitt**. Trotz Beteuerungen der Kanzlerin in Bildung zu investieren, hinkt Deutschland hinterher.
- **Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien studieren 77 – von 100 Kindern aus Nicht-Akademikerfamilien sind es nur 23**. Die Bundesregierung tut nichts, um die Chancengleichheit für Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien zu verbessern.

Merkel entlässt Unternehmen aus der Verantwortung

- Historischer Tiefstand beim Ausbildungsengagement der Unternehmen. Die Zahl der Ausbildungsverträge lag 2012 bei 551 271. **Der zweitniedrigste Wert seit der Wiedervereinigung**. Jedes Jahr bilden weniger Unternehmen junge Menschen aus. Trotz des angeblichen Fachkräftemangels befinden sich stattdessen 260 000 junge Leute in »Maßnahmen des Übergangsbereichs«.

8. Rechtsextremismus

Merkel-Regierung behindert Projekte gegen Rechtsextremismus

- Die Regierung Merkel hat mit der sogenannten **Extremismusklausel** zur Kriminalisierung antifaschistischer Projekte beigetragen und schwächt so die wichtige Auseinandersetzung mit den Nazis.

Zukunft der Projekte gegen rechts ist unsicher

- Jahr für Jahr müssen die erfolgreichen Projekte gegen Rechtsextremismus um ihre **Finanzierung bangen**. Die Regierung Merkel hat es trotz NSU nicht geschafft, die Projekte dauerhaft abzusichern.

9. Strompreise und Klimaschutz

Merkel treibt Strompreise in die Höhe

- Merkel weitet die unter Rot-Grün beschlossenen Befreiungen der Industrie von EEG-Umlage, Ökosteuern, Emissionshandel & Co. weiter aus. Diese **Industrie-Rabatte** werden im Jahr 2013 auf **16,2 Milliarden Euro** ansteigen. Die Kosten der Energiewende werden damit einseitig auf private Haushalte und kleine Unternehmen abgeladen. Allein die Ermäßigung für die Industrie bei der EEG-Umlage treibt den Strompreis für Privathaushalte um 1,5 Cent pro Kilowattstunde nach oben.

Strompreise unter Merkel rasant gestiegen

- Die **Strompreise** für Privathaushalte sind seit 2007 um **mehr als 25 Prozent** auf 26 Cent pro Kilowattstunde Ende 2012 **gestiegen**. Selbst abzüglich der Belastung durch Steuern und Abgaben sind die Endpreise für Haushaltsstrom noch um rund 2,5 Cent pro Kilowattstunde gestiegen.
- Die Stromkonzerne sacken hemmungslos Sonderprofite ein, denn **die staatliche Strompreisaufsicht wurde von Merkel im Jahr 2007** abgeschafft. Gerade in den letzten zwei Jahren sind die Preise an der Strombörse im freien Fall. Von Januar bis Juli 2013 lagen die Börsenpreise für Strom um durchschnittlich 12 bis 20 Prozent unterhalb des Vorjahresniveaus. Die Stromversorger bezahlen im Einkauf weniger für Strom, der Kunde merkt davon nichts.

»Klimakanzlerin« blockiert Klimapolitik in Brüssel

- Merkel verhindert die Verabschiedung auf Gesuch der Auto-Lobby anspruchsvoller **CO₂-Standards** für Neuwagen und verbindliche Energieeffizienzvorgaben für die Industrie. Gar keine Position vertrat die Bundesregierung in den monatelangen Verhandlungen um striktere CO₂-Ziele für die Energiewirtschaft beim Emissionshandel.

Mehr Kohlestrom und CO₂-Emissionen

- Die Stromerzeugung aus Braunkohle, dem klimaschädlichsten Energieträger, stieg 2012 im dritten Jahr in Folge. 2012 legte sie gegenüber 2011 um über sieben Prozent zu. Auch die

Steinkohleverstromung stieg 2012 an. **Die CO₂-Emissionen in Deutschland stiegen 2012 um zwei Prozent gegenüber 2011!**

10. Bahn

Folge von Merkels Verkehrspolitik – »Mainz ist überall«

- Von 2002 bis 2012 wurde die Zahl der Beschäftigten im Schienenbereich um **26 742** reduziert (von 125 845 auf 99 103). Das ist ein Personalabbau von **21 Prozent**.
- Gleichzeitig wird die Arbeitsverdichtung und Belastung der Beschäftigten weiter gesteigert. Allein im Bereich Netz (betrifft die Stellwerke!) sind inzwischen **2, 4 Millionen Überstunden** aufgelaufen, gegenüber dem Vorjahr wurde diese Zahl um 200 000 Mehrarbeitsstunden erhöht.
- Das Ziel der Bahnprivatisierung steht im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb.
- Die Bahn verbuchte 2012 den Rekordgewinn von **2,7 Milliarden Euro** – auf Kosten der Beschäftigten und der Fahrgäste, der Instandhaltung von Zügen und Infrastruktur.

11. Breitbandversorgung

- Merkel versprach eine flächendeckende Breitband-Mindestversorgung bis Ende 2010 und sieht sich bereits heute auf einem „Spitzenplatz in der Europäischen Union bei der Versorgung der Haushalte mit Hochleistungsnetzen“.
- Doch entgegen aller Versprechungen und Schönfärberei sind immer noch **mehrere Hunderttausend Haushalte** von der Minimalversorgung mit 1 Mbit/s Bandbreite ausgeschlossen und beim Highspeed-Glasfaser-Internet **belegt Deutschland in der EU nur Platz 22**.

12. Rüstungsexporte

Merkel ist größte Waffenhändlerin Europas

- Die **Rüstungsexporte sind unter Merkel massiv gestiegen**. Wurden 2005 Rüstungsexporte im Wert von 6,3 Milliarden Euro genehmigt, waren es im Jahr 2011 bereits 10,8 Milliarden Euro.
- Allein im Jahr 2012 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 1,42 Milliarden Euro in die Golf-Region, darunter (genehmigte) Rüstungsgüter im Wert von **1,2 Milliarden an Saudi-Arabien**.
- Damit ist Deutschland **europaweit der größte und weltweit der drittgrößte** (hinter den USA und Russland) Waffenexporteur der Welt.

Euro-Hawk statt 12 000 Kita-Plätze

- Mit dem Euro-Hawk hat Verteidigungsminister de Maizière rund 500 Millionen Euro in den Sand gesetzt. Allein mit dem im Euro-Hawk versenkten Geld hätte man **12 000 Kita-Plätze** einrichten können.

Ägypten: Deutschland ist Zulieferer für den Bau ägyptischer Panzer

- In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE bestätigt die Bundesregierung, dass bis 2012 Bestandteile und Komponenten für den Radpanzer »Fahd« nach **Ägypten** geliefert wurden. Für 2011 wird der Wert mit knapp **56 Millionen Euro** angegeben. In Ägypten werden damit Demonstranten getötet.

Steuerzahler haften für Waffengeschäfte

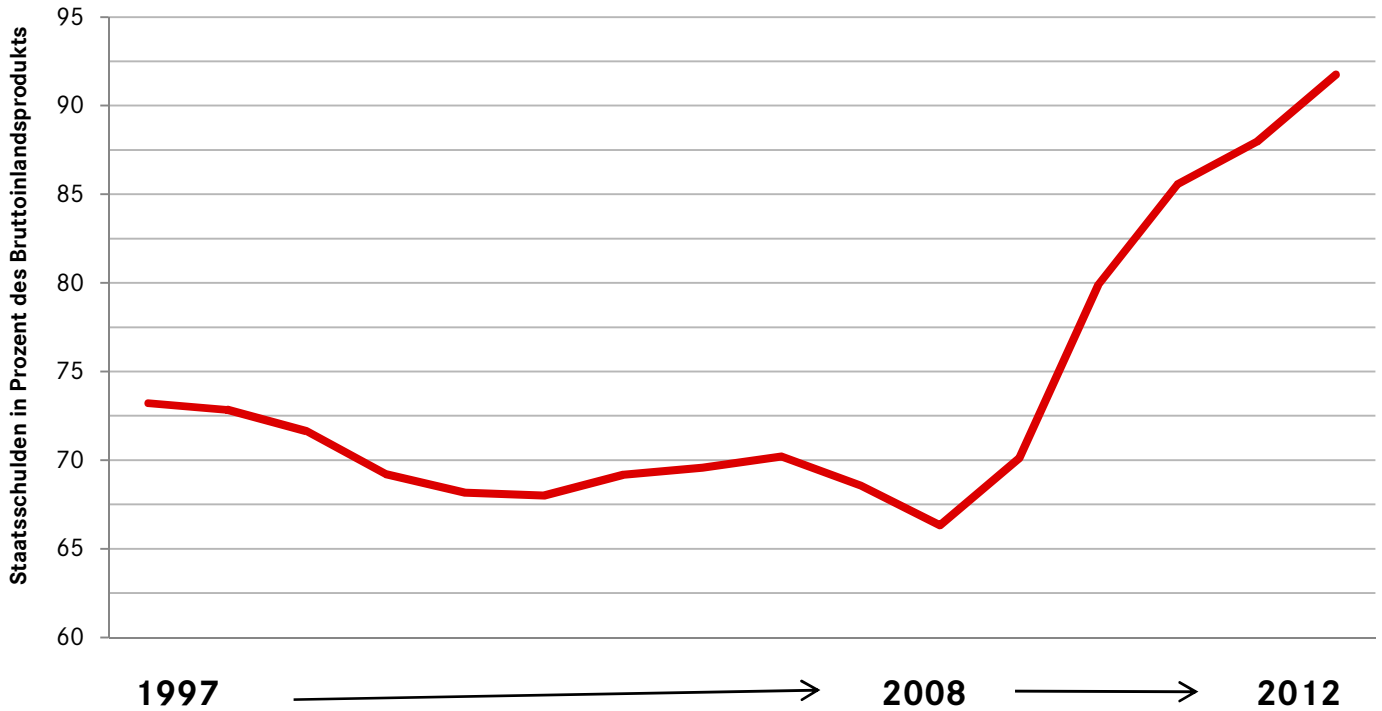
- Ein weitgehend unbekannter Aspekt bei dem Thema Rüstungsexporte sind die Hermes-Bürgschaften, die die Bundesregierung erteilt. Merkel hat im Jahr **2012** für Rüstungsexporte nach u.a. Ägypten, Algerien und Israel **Bürgschaften in Höhe von 3,3 Milliarden Euro** (kl. Anfrage van Aken) genehmigt. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften für die Geschäfte der Rüstungsindustrie. Die Fraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung nach den Ausfällen im vergangenen Jahr gefragt. Eine Antwort steht noch aus.

13. Europa – Merkels Kürzungspolitik gefährdet Europa!

Merkels Politik treibt Staatsschulden in Europa auf Rekordniveau

- Die **Bankenrettungen** und die Konjunkturprogramme in Europa finanzierten die Regierungen **auf Kosten der Steuerzahler**. In den Jahren 2008 bis 2011 wurden 4,5 Billionen Euro zur Stützung der Banken aufgewandt. In der EU stiegen die Staatsschulden in diesem Zeitraum um 24 Prozent. Ein Anstieg von 7,3 auf 10,5 Billionen Euro.
- Die Staatsschulden in Europa stiegen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 dramatisch an. Die EU-Staaten haben nicht »über ihre Verhältnisse« gelebt, sondern sie sind aufgrund von Bankenrettungen und Kürzungsdiktaten in eine **Schuldenspirale** getrieben worden.

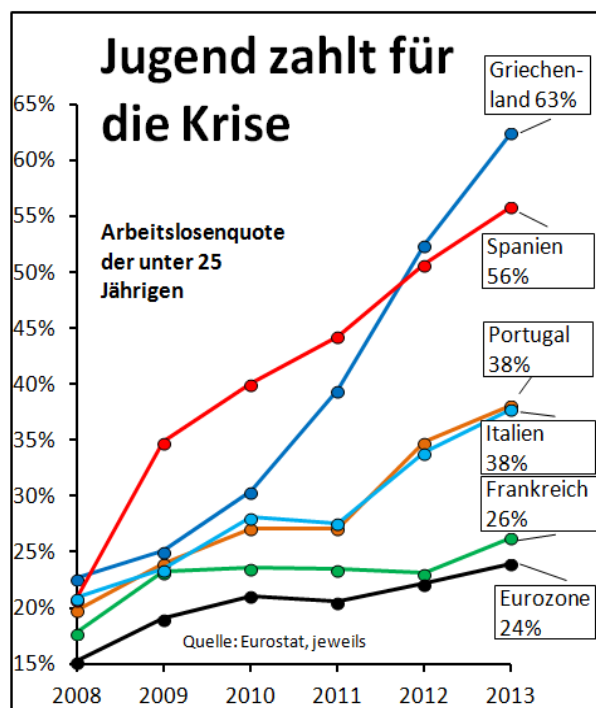
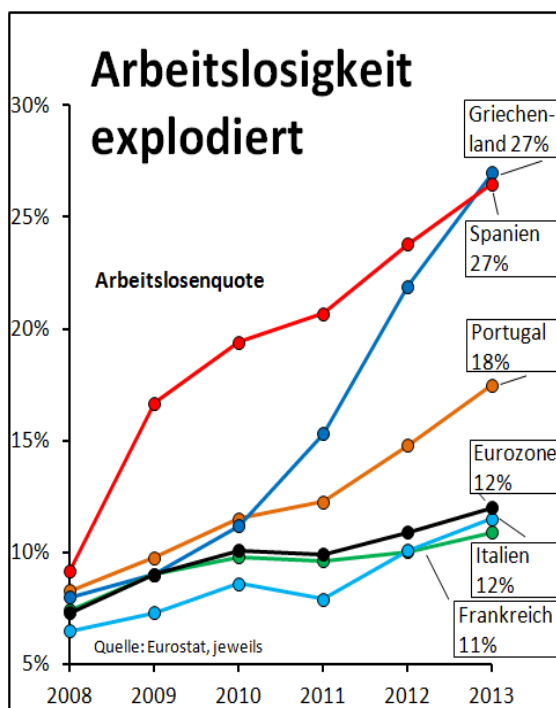
Staatsschulden in der Eurozone



Quelle: Ameco-Datenbank Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB DIE LINKE

Arbeitslosigkeit in Europa explodiert

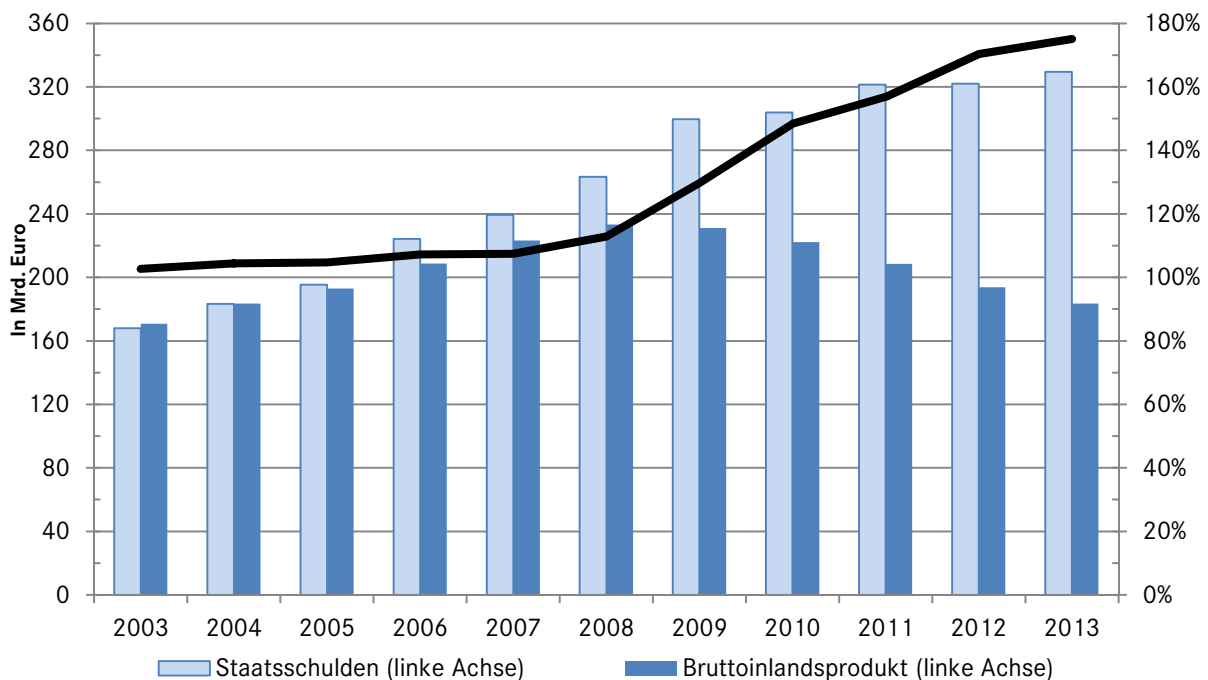
- Im März 2013 waren über **19 Millionen Menschen in der Eurozone arbeitslos** gemeldet. Das waren knapp fünf Millionen mehr als vor der Krise. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone liegt derzeit bei 3,5 Millionen. Das sind eine Million mehr arbeitslose Jugendliche als vor der Krise im Jahr 2008. In Griechenland und Spanien sind mehr als **60 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit**.



Griechenland - Rettungsringe aus Blei

- Griechenland erleidet jetzt das sechste Jahr hintereinander einen Einbruch der Wirtschaft. Seit 2008 ist die Wirtschaftsleistung um mehr als 25 Prozent weggebrochen. **Die Arbeitslosigkeit stieg von unter 10 Prozent im Jahr 2008 auf 27 Prozent im Jahr 2013** (die Jugendarbeitslosigkeit stieg von 22 Prozent auf 63 Prozent.)
- Im **öffentlichen Dienst** wurden rund 9 Prozent der Beschäftigten entlassen: mehr als 80 000. Weitere Zehntausende sollen folgen. Bezogen auf Deutschland entspräche dies über 800 000 gestrichenen Stellen.

Die Troika-Programme verschärfen die griechische Krise



Quelle: Ameco-Datenbank Grafik: Büro Andrej Hunko, MdB DIE LINKE

94,2 Prozent der Troika-Kredite für Griechenland flossen direkt in den Finanzsektor zurück

- In Griechenland werden Banken und nicht Menschen gerettet. Die Kredite aus den »Rettungsschirmen« EFSF und ESM in Höhe von 206,9 Milliarden Euro teilen sich wie folgt auf:
 - 101,3 Milliarden Euro (49 Prozent) an die Gläubiger des griechischen Staates
 - 58,2 Milliarden Euro (28,1 Prozent) für die Rekapitalisierung griechischer Banken
 - 34,4 Milliarden Euro (16,6 Prozent) Zinszahlungen
 - 0,9 Milliarden Euro (0,4 Prozent) griechischer ESM-Beitrag
 - = **194,8 Milliarden Euro (94,2 Prozent) flossen direkt in den Finanzsektor**
 - 12,1 Milliarden (5,8 Prozent) in den griechischen Staatshaushalt